

Der Halle Vierteljährlich bei postmässiger Bezahlung 2,50 M., durch die Post 2,75 M., auswärts Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Buchhandlungen angenommen.

Saale-Beitung.

werden die Spaltenreihe ober dem Raum mit 20 Sp., solche aus Halle mit 20 Sp., berechnet und in der Geschäftsstelle, Gr. Mühlstraße 63, I. sowie von unseren Annoncenstellen und allen Annoncen-Expeditionen angenommen. Retaken die Seite 75 M. für Halle und auswärts 1 M.

Für unverändert eingehende Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Rücksende nur mit Cautionsbescheinigung. „Saale-Beitung“ gefaltet.

Verantwortlicher Redakteur Hr. 1140; der Annoncenverwaltung Hr. 1132.

Vierteljährlicher Jahrgang.

Erscheint täglich zweimal, Sonntags und Montags erntmal. Redaktion und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Gr. Brunnstraße 17; Annoncen-Geschäftsstelle: Gr. Mühlstraße 63, I.; Telefon Nr. 591 u. 174.

Nr. 474.

Halle a. S., Montag, den 10. Oktober.

1910.

Demonstrationen gegen den Kaiser.

D. Man schreibt uns unterm 9. d. Mts. aus Berlin:

Die belgischen Sozialdemokraten haben beschlossen, während des Aufenthaltes des deutschen Kaisers in Brüssel eine Demonstration zu veranstalten, die sich gegen den Autokratismus Wilhelms II. richten soll. Man ist es gewiss das gute Recht der belgischen Sozialdemokraten, die autoritären Auswüchse des Regimes des deutschen Kaisers unangenehm zu empfinden; teilen sie doch die Empfindung mit der Mehrheit des deutschen Volkes selbst, also auch mit Kreisen, die der Sozialdemokratie ziemlich fern stehen. Wenn also die belgischen Sozialisten es für angebracht halten, ihren Unwillen über den Kaiser durch irgend eine ostentative Aktion zum Ausdruck zu bringen, wenn sie etwas Derartiges ferner für ratsam und den Formen internationaler Höflichkeit entsprechend halten, so mögen sie das mit sich abmachen.

Aber der Fall scheint anders zu liegen. In belgischen Regierungskreisen wenigstens ist man überzeugt, daß der Sozialistenbesuch, gegen den Kaiser zu manifestieren, von deutschen Agitatoren veranlaßt worden ist. Man müßte es tief bedauern, wenn das den Tatsachen entspräche. In diesem Fall nämlich könnte man sich nicht darüber wundern, wenn die belgische Behörde, der die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe obliegt, zu Ausweisungsmassregeln ihre Zuflucht nehmen würde. Nach dem Uns der deutschen Behörden zu urteilen, geht man, wenn erst einmal von Seiten der Obrigkeit zu Ausweisungen geschritten wird, dabei nicht allzu peinlich zu Werke, und mit ein paar Schuldigen, oft sogar a priori einiger Schuldiger, werden in der Regel viele Unschuldige getroffen. Daß aber eine Ausweisung für den betreffenden „lästigen Ausländer“ meistens nichts anderes bedeutet, als den Ruin seiner wirtschaftlichen Existenz, liegt klar auf der Hand. Wenn es sich nicht gerade um die deutsche Sozialdemokratie handelt würde, der hier der Vorwurf gemacht wird, in einem fremden Lande regierungsfeindliche Demonstrationen anzustellen, würde man vielleicht der Vermutung der belgischen Regierung ziemlich szeptisch gegenübersehen. Aber gerade die deutsche Sozialdemokratie hat in der Tat wiederholt und namentlich wieder in allerjüngster Zeit, den Beweis geliefert, daß es zu ihrem Werte gehört, die allgemeine Wohlfahrt dem starren Parteiprinzip hinzuzusetzen. Nach allem, was man erst in den allerletzten Wochen an der deutschen Sozialdemokratie, d. h. der offiziellen Sozialdemokratie der Behörden Richtung erlebt hat, würde man es gar nicht sonderlich erstaunt finden, wenn diese Partei Wohl und Sicherheit ihrer deutschen in Brüssel anfassigen Gesinnungsgenossen und anderer Deutsch-Belgier aufs Spiel stellt, nur um einmal wieder eine Manifestation gegen das verhasste absolutistische Prinzip durchzuführen. Es kommt dabei schließlich eben wieder auf den alten Kampf in der Sozialdemokratie zwischen Dogma und Gegenwartspolitik hinaus, in dem Herr Bebel, der Apostel der Doktrin, erst lehtig einen glänzenden Sieg erfochten. Tugend welche praktischen Erfolge kann sich doch die deutsche Sozialdemokratie, wenn sie es war, die die belgischen Genossen zu dem Manifestationsentschluß angeregt hat, ummöglich von einer Demonstration gegen den Kaiser versprechen haben. Vor zwei Jahren hat das ganze deutsche Volk, hat die gesamte deutsche Presse, konservative Kreise und konservative Blätter nicht ausgenommen, bei uns gegen das absolutistische Regiment protestiert. Was dieser Protest über den Kaiser vermochte, hat die jüngste Königsberger Rede gezeigt. Bildet man sich auf Seiten der roten Partei vielleicht ein, eine Kundgebung, wie die jetzt geplante, werde mehr Eindruck auf unseren Monarchen machen — eine Kundgebung, die nicht einmal aus dem Deutschen Reich kommt und an der sich nur Angehörige der Sozialdemokratie beteiligen, jener selben Sozialdemokratie, die bisher nur immer vermocht hat, die absolutistischen Neigungen des Kaisers zu reizen und zu steigern?

Die Vertreibung der Mönche aus Portugal.

Die einzigen blühenden Zwischenfälle, die aus der sonst allem Anschein nach gestörten Republik gemeldet werden, sind durch Widerstand der Mönche, besonders der Jesuiten hervorgerufen worden. Der jahrelang aufgeregte Groll gegen die Klerikalen, die das unglückliche Land mit einem dichten Netz überzogen hatten, bricht sich gewaltig Bahn; und droht, die Zahl der Opfer der Revolution weiter zu steigern. Daß diese Bewegung nicht an den Grenzen Portugals Halt macht, ist nur allzu verständlich. Es ist es eben ein langer Schatz des spanischen Ministerpräsidenten, der öffentlich der Krieg gegen den Klerus predigt. Der 13. Oktober, der Jahrestag der Erschießung Ferrers, nach gefahrbringend heran, denn die Republikaner wollen ihn zu

Demonstrationen benutzen, die möglicherweise zu Strafkämpfen ausarten und denen Genesias die Spitze abbrechen möchte. Interferenz ist auch, daß man sich in Italien bereits gegen eine Massenwanderung der aus Portugal vertriebenen Mönche wehrt. Neben diesem verzweifelten Ringen der romanischen Klasse gegen Rom, verliert das Schicksal des jungen Königs an Interesse. Man hat es gefürchtet vermieden, ihn wie vor zwei Jahren seinen Vater, zum Märtyrer der Königssee zu humpeln. Ein tragisches Ende hätte Europa erregt, dieser fast tragikomische Zwischenfall aber ist bald vergessen.

Waffenwiderstand der Klöster.

Lissabon, 10. Okt. Das Gesetz zwischen Jesuiten und Republikanern dauert immer noch an, obwohl die Kleriker jedes Parteiverzuges vermeiden möchte. Den Jesuiten mußte, da sie die Republikaner mit Revolvern und Bomben angreifen, energig zu Leibe gegangen werden. Das Kloster von d'Estrela, von dem aus die Jesuiten mit Bomben geworfen hatten, wurde nach einem erbitterten mehrtägigen Gefecht von den Republikanern eingenommen. Die Brüder entkamen indes durch einen unterirdischen Gang, der mit einem anderen Kloster in Verbindung steht. Dort wurde der Widerstand gegen die Jesuiten fortgesetzt. Etwa 50 Jesuiten wurden gefangen genommen; sie waren unter verschiedenen Verleumdungen herangezogen. Sie wurden in einem Zuge gefesselt durch die Straßen geführt.

Der Kampf um das Kloster Quelhas.

Lissabon, 9. Okt. Die Stimmung gegen die Kongregationen ist sehr gereizt. In den Vorgängen im Kloster Quelhas wird noch gemeldet, daß Reiter und Matrosen in das Gebäude einbrachen, sie fanden es geräumt; das wenig beschädigte Innere zeigt deutliche Spuren von der eiligen Flucht der Insassen. In der vergangenen Nacht sind Bewaffnete in das Trauenerloster Trinas gebrungen. Die 150 Schwerveren Widerstand zu leisten. In dem Tumult wurden zwölf Nonnen leicht verwundet, sie wurden nach dem Militärkrankenhaus gebracht, die übrigen Nonnen wurden auf Wagen weggeführt; man weiß nicht wohin. Das Kloster ist nun Militär besetzt worden.

Konfiskation der Jesuitengüter.

Paris, 9. Okt. Der portugiesische Minister der Justiz und des Kultus Manoel de Costa erklärte einem französischen Korrespondenten in Lissabon, die neue Republik werde auf die geistlichen Orden einzuführen die aus dem achtzehnten Jahrhundert kommende nationale Gesetzgebung des Marquis Bombal anwenden. Diese Gesetzgebung, welche die Jesuiten, selbst im Falle, wo sie portugiesische Staatsangehörige sind, schonungslos aus Portugal und seinen Kolonien ausweist und ihre Besitztümer konfiszirt, ist im neuneunsten Jahrhundert durch zwei Dekrete für die übrigen Kongregationen ergänzt worden: durch ein Dekret von 1824 über die Minderorden und durch ein Dekret von 1884 über die Nonnenorden. Kraft dieser Grundgesetze, sagt Costa, besteht überhaupt kein geistlicher Orden in Portugal. Es gibt nur administrative Toleranzen und zwar kraft einer 1901 erlassenen diktatorialen Verordnung, welche das Parlament niemals gebilligt hat und welche natürlich von der republikanischen Regierung nicht akzeptiert werden wird. Die geistlichen Orden aller Art werden daher genommen werden, bis aufzulösen. Eine große Anzahl ihrer Mitglieder ist übrigens arretiert worden, teils wegen gemeiner Verbrechen, teils weil sie im Besitz von Waffen und ganze Militärsanftalten geformt wurden, teils weil man sie der Raube durch die unruhigen Kolonisten verdächtig machte. Letztere wird die Regierung nicht, daß den Schwerebrennen und -schwören ein Saar gestattet werden. Man will sogar den benachteiligten Widerstand der Ordensmitglieder verzeihen. Diejenigen Ordensangehörigen, welche die portugiesische Nationalität besitzen, werden auf ihren Antrag in ihren Heimatsort befördert; die fremden Mönche und Nonnen sollen in einigen Tagen ausreisen werden. Die Vertreter der beteiligten Staaten werden von dieser Maßregel vorher verständigt. Die Güter der Jesuiten werden fürerhand konfiszirt. Ueber die Güter der anderen Kongregationen wird zunächst das Inventarisierungsverfahren eröffnet. Der Justizminister behält sich vor, den Ursprung dieser Klostervermögen zu prüfen, und wird später der Regierung und dem Parlament geeignete Maßregeln zur Liquidation dieser Vermögensmassen vorschlagen.

Die Jesuitengefahr.

Rom, 9. Okt. Unter dem Titel „Eine Gefahr“ weist der „Messaggero“ auf die bevorstehende Einwanderung der aus Portugal vertriebenen Jesuiten nach Italien hin. Seit dem Scheitern der französischen Kongregationen sei Italien das Ziel aller Elemente geworden, die irgendwo in der Welt gegen Geistesfreiheit, Fortschritt und Wissenschaft sündigen. Der „Messaggero“ verlangt, daß die Regierung endlich nächstfolgend die bestehenden Gesetze amende und einer Passionen, die Italiens innere Ruhe, Einheit und Fortschritt bedrohe, den Riegel vorschleibe. Der Balkan hat heute die erste Depesche des Lissaboner Anzuzus erhalten, der in Eintra in Billegiatur ist. Die Depesche meldet: Obison der Anzuzis die Papstliche aufgezogen hatte, fand eine Hausungung statt, die indes ohne Zwischenfall verlief.

Anerkennung der Republik durch Brasilien.

Paris, 10. Oktober. Der Lissabener Korrespondent des „Matin“ erzählt aus absolut sicherer Quelle, daß der brasilianische Gesandte in Lissabon gestern der neuen portugiesischen Regierung ein Dokument überreichte, in welchem Brasilien die portugiesische Republik offiziell anerkennt.

London, 10. Okt. Der Herzog von Orleans, der gestern abend nach seinem Lande in Woodnorton abreiste,

erklärte vor seiner Abfahrt auf dem Bahnhof, daß ihm von der angeleglichen Absicht des Königs Manuel und seiner Mutter, zu ihm als Gäste nach Woodnorton zu kommen, nicht das geringste bekannt sei. Ebenso unrichtig sei es, daß im Schlosse Woodnorton Vorbereitungen für den Empfang des Königs Manuel und der Königin-Mutter getroffen werden.

Lissabon, 10. Okt. Gestern abend wurden einige Mönche, die sich in Zerstreuung auf der Straße zeigten und die republikanischen Farben trugen, verhaftet. Die Menge hätte die Mönche betraue geliebt. Die Zahl der Mönche in ganz Portugal beträgt ungefähr 5000—6000, die sich auf verschiedene Kongregationen verteilen. Alle diese Mönche werden demnächst ausgewiesen werden. Die auswärtigen Nationen angehörigen Mönche und Ordensmitglieder werden bis an die Grenze gebracht, dagegen die Schwedern und Mönche portugiesischer Nationalität ihren Familien übergeben.

Erklärungen portugiesischer Auswanderer.

Köln, 10. Okt. Auf dem hiesigen Hauptbahnhofe trafen gestern mehrere portugiesische Familien ein, die erklärt wurden, in der Umgebung der königlichen Familie Verant worfen, daß das habe die grenzenlose Wut der Königin entzündet, die unangenehm Vermutungen und Verdächtigungen ausließ und nur gewaltam dazu gebräut werden konnte, die Flucht zu ergreifen. Die Auswanderer versichern, an der Vertreibung der portugiesischen Republikaner hätten seit Wochen hervorragende spanische Revolutionäre teilgenommen, so daß die Sorge der spanischen Regierung auf ein Stillberghen der revolutionären Bewegung nicht ungedrückt sei.

Die republikanische Bewegung in Spanien.

Madrid, 9. Okt. Der Ermarineubitzer Macias, bekannt durch seine sensationelle Anklage gegen die konservative Regierung Maura wegen des Flottenprojektes, ist toben, wie ich aus besser Quelle erfahre, faktisch zu den Republikanern übergegangen.

Der antikerikalen Stimmung, die die weitesten Kreise der Bevölkerung ergreifen hat, trug Canalejas Rechnung, indem er sagte, die Haltung der Klerikalen sei aufzuerstlich und ungeschicklich. Die Nachgiebigkeit der öffentlichen Gewalten in Spanien gegenüber der Kirche habe zu einer Verletzung des Staates durch die Kirche geführt, der Klerikalismus habe die bürgerlichen Freiheiten und die Gewissensfreiheit zerstört. Die Regierung werde binnen kurzen eine Gesetzesvorlage einbringen, zur Regelung der rechtlichen Lage der weltlichen Genossenschaften. Eine von dem früheren liberalen Minister Gasset beantragte Tagesordnung, welche der Regierung des Braxan auspricht, wurde mit 147 Stimmen der Liberalen angenommen.

König Manuel in Gibraltar.

Gibraltar, 9. Okt. König Manuel und die Königin-Mutter, der bisherige Kapitän der königlichen Garde Marquis de Sana und der Oberbefehlshaber des Königs Graf Sabugosa verließen heute die Nacht und begaben sich in die Hauptstadt. Der König und seine Mutter nahmen in der Staatsstutze des Gouverneurs von Gibraltar Platz. In anderen Karossen folgten die Gatte, der Gouverneur von Gibraltar und die Adjutanten. Eine reizende Menschenmenge hatte sich schon mehrere Stunden vor dem Beginn des Hochamtes zu beiden Seiten der Straße gesammelt. Bei der Ankunft vor der Kirche wurden der König und seine Mutter vom Volke laut begrüßt. Die Anwesenden waren von dieser Kundgebung sichtlich gerührt. Vor dem Hauptportal des Domes empfingen Monsignore Chineso und der Klerus die Gäste. Die Adjutanten des Königs, der Gouverneur und der Admiral, zogen sich hierauf zurück. König Manuel und seine Mutter nahmen in der Wäde des Hochalters Platz und verließen dort während der ganzen Zeit des Hochamtes. Beim Verlassen der Kirche waren die Kundgebungen des Publikums noch lebhafter als vorher. Der König und seine Mutter begaben sich dann in das Palais des Gouverneurs, das von allen Seiten fest umgeben wird; dort werden sie bis zu ihrer Abreise verbleiben.

Der Telegraphenverkehr zwischen Deutschland und Portugal.

Berlin, 10. Okt. Das Reichspostamt veröffentlicht folgende amtliche Bekanntmachung: Der Telegraphenverkehr mit Portugal ist bis auf weiteres unterbrochen. Bis zur Wiederherstellung der telegraphischen Leitung wird dauernde Zeit verkehren. Telegramme nach Portugal werden daher nur auf Gefahr der Aufseherer vom Postamt entgegengenommen.

Der Entmündigungsprozeß gegen den Realschuldirektor Dr. Heine.

S Jena, 9. Okt. 1910. Ueber den 6 Jahre geführten Entmündigungsprozeß gegen den früheren Realschuldirektor Dr. Rudolf Heine in Halle a. S., in dem auch der bekannte Professor Lehmann-Hausenberg eine gewisse Rolle spielte, erzählt die „Deutsche Journalistik“ folgende Einzelheiten:

Dr. Rudolf Heine war der Begründer der Hochschule in Kettbus und leitete die Anstalt unter voller Anerkennung der vorgelegten Schulbücher bis zum Jahre 1897. Ständes Anruf, der auf dem sehr zugänglichen Schulhofe von fremden

Burden (maßgeblich von Fürberungen) verübt wurde, veranlaßt eine Anfrage bei dem Bürgermeister Werner zu machen und um Abhilfe zu bitten. Man scheint nun in gewissen Kreisen der Stadt versucht zu haben, einen anderen Schlichter zu bekommen. Darnach anstatt eine Unterjochung der Angelegenheiten herbeizuführen, wurde dieser einfach beschuldigt, an Gehörstörungen zu leiden. Er wurde zunächst beurlaubt und dann nach Erstattung eines Gutachtens durch den Hofrats Richter in Kottbus zwangsweise pensioniert und damit auf ein Drittel seines früheren Gehältes herabgesetzt. Die Frau und der Vater des Schuldirektors konnten keine Veränderung an ihm finden, die auf Verfolgungsmotiven oder eine ähnliche geistige Erkrankung hätten schließen lassen können. Auch die Unterjochung durch einen Spezialisten erst, doch von Gehörstörungen nicht die Rede war. Seine gläubige sich unter diesen Umständen zu Unrecht zwangsweise pensioniert und schrieb daher eine Broschüre „Raum gläublich, aber wahr“ in der er an der Hand seines fasslichen Mißhandels auf dem Gebiete der Psychiatrie kennzeichnet und sein Altematerial der Öffentlichkeit, namentlich der Lehrwelt unterbreitete. Die Broschüre wurde bald nach ihrem Erscheinen wegen Beleidigung der Kottbuser Behörden beschlagnahmt. Inzwischen hatte seine Schritte unternommen, um sein Einkommen durch eine private Anstellung zu erhöhen. Er ging nach Leipzig und trieb dort hebräische Sprachstudien. Frau und Tochter waren nun aber doch ängstlich geworden und legten ihm die Sprachstudien als unnützes Tun und als Verhinderung aus, und als ihm eine kleine Erbschaft von seinem Vater her zueil, von der er einen Teil zum Zweck seiner Broschüre verwenden, betrieb sie seine Entmündigung.

Seine Frau ist jetzt die Hilfe des Professors Lehmann-Hohenberg, den er aus dessen Zeitschrift „Kochbuch“ kannte, an, und Prof. Lehmann-Hohenberg hat durch 5 Jahre sich der Interessen seines angenommen. Er findet bei seine seine Spur von Verfolgungswahn und schließt ihn als einen sehr kenntnisreichen, klar denkenden und ethisch sehr hochstehenden Mann. Das Langzeitige Rußland hat denn auch die von dem Amtsrath Schubert in Saalfeld ausgesprochene Entmündigung aufgehoben mit der Begründung, daß eine Entmündigung niemals hätte ausgesprochen werden dürfen. Dieses Urteil wurde angefochten, aber namentlich vom Oberlandesgericht Tena bestätigt, so daß seine wieder rechtsfähig geworden ist. Das Entmündigungsgericht stützte sich namentlich auf ein Gutachten des Geheimrats Prof. Dr. Wisnawanger (Tena). Vor dem Oberlandesgericht gab dieser Sachverhältnisse aber zu,

„daß nach der heute vorliegenden Aufklärung mein ursprüngliches Urteil vom 16. Mai 1907 nicht aufrecht erhalten werden kann“.

Der Fall seine bildet ein Kapitel zur Frage der Revision des Trennrechts.

Deutsches Reich.

Das Ende des Werftarbeiterstreiks.

Stettin, 10. Okt. Gestern fanden drei große Werftarbeiter-erklärungen statt, die sich mit den Hamburgischen Einigungs- beschlüssen bekamen und grundsätzliche Stellung dazu nahmen. Für die Wiederaufnahme der Arbeit am heutigen Tage stimmten 1816 Mann, dagegen 1896 Mann. Trotz dieses Ergebnisses wird die Arbeit auf den Werften heute wieder aufgenommen, da zu der Fortsetzung des Streiks 3/4 Mehrheit notwendig gewesen wäre. (Telegramm.)

Der Bund deutscher Frauenvereine und die Königsberger Kaiserrede.

Der Bund deutscher Frauenvereine hat sich auf seiner Tagung in Heidelberg u. a. mit dem Inhalt der kaiserlichen Rede in Königsberg beschäftigt, der gegen die moderne Frauenbewegung gerichtet ist. Es wurde eine Resolution verabschiedet, in der es heißt:

Der Bund deutscher Frauenvereine, der 200 000 Frauen aller Richtungen zu gemeinsamer Arbeit für die Förderung der Sache ihres Geschlechts und zur Förderung des allgemeinen Wohls zusammenfassen, gibt keinen sich merklichen Boden in dem Ausmaß über die Verkennung der Interessen der Frauenbewegung und des Wohlstandes ihrer Ziele, das aus der Königsberger Kaiserrede spricht. Die Frauenbewegung fordert nicht ein Streben der Frau, sich auf Kosten anderer auszuheben, sondern sie will ihre Erziehung zur selbstlosen Hingabe freigelegener Kräfte in den Dienst der vaterländischen Kultur auf dem Gebiete sozialer Fürsorge für Hilfsbedürftige jenseitiger Art als auch in gemeinsamer, beruflicher Arbeit und in der Mitarbeit an der Gestaltung des öffentlichen Lebens. . . Wir erstreben allerdings erneuerte Rechte, aber nicht nur um unsere Interessen im Gemeinwesen größere Berücksichtigung zu sichern, sondern auch, um ihm besser als bisher dienen zu können. Wir erkennen nicht die Bedeutung der innerhäuslichen Berufsarbeit der Frau, aber wir wissen, daß in den modernen Lebensbedingungen, welche 9/10 Millionen Frauen zu außerhäuslichen Erwerbskampfe zwingen, eine unabweisbare Notwendigkeit liegt, über diesen Rahmen hinauszuweisen. Wir können beschöpfen als Frauen, daß unsere Vermögen, die Frauen besser als bisher den neuen Lebensformen anpassen und für den Lebenskampf auszurüsten, durch jene kaiserliche Kritik in vorurteilsvollen Kreisen in Mißkredit gebracht worden sind.

Diese Kundgebung wurde debattellos angenommen. Die 51 Delegierten des deutsch-evangelischen Frauenbundes stimmten dagegen.

Die Nordd. Allgem. Ztg. über die Umwälzung in Portugal.

Die „Nordd. Allgem. Ztg.“ präzisiert heute den abzuwartenden Standpunkt des Deutschen Reichs gegenüber der durch die Umwälzung geschaffenen Lage in Portugal. Das offizielle Blatt sagt:

Die portugiesische Regierung hat inzwischen den Mächten über die Proklamierung der Republik und die Einsetzung der provisorischen Regierung Mitteilung gemacht. Die Mächte nahmen, soweit bekannt ist, gegenüber dieser Mitteilung eine erwartende Haltung ein. Antizipatorische Reaktionen gehen darauf nicht ergangen zu sein und waren nach der Art der Mitteilung bis auf weiteres auch nicht erforderlich. Die Frage der Anerkennung der Republik durch die Mächte wird in der Presse bereits lebhaft erörtert; für die Regierungen dürfte aber

der Zeitpunkt einer amtlichen Anerkennung der Republik erst kommen, wenn das neue Regime sich weitestgehend konsolidiert haben wird. Andererseits haben sich die Mächte jeder gegen die Republik gerichteten Einmischung in die portugiesischen Angelegenheiten enthalten. Die menschliche Teilnahme für das Schicksal, das den jungen König, die Königin-Mutter und die Dynastie betroffen hat, wird niemand verlagern. Im übrigen aber muß die weitere Entwicklung der Dinge in Portugal abgewartet werden.“

Die „Freisinnige Ztg.“ fragt nicht mit Unrecht, warum man seinerzeit sich in Preußen mit der Verleumdung des schwarzen Adlers ordens an den heute entthronten König Manuel so sehr beizeln habe, da man das schon lange gewußt hat, daß das Haus Braganza auf einem Vulkan sitzt.

England und die Kaffernrevolte in Südwestsafrika.

Die Erschießung von 18 schwarzen Arbeitern, die beim Eisenbahnbau in Südwestafrika zwischen Windhoek und Karibib verhaftet waren, beginnt in London Staub aufzuwirbeln. Die „Daily News“ verlangen eine strenge Untersuchung über die Abtötung dieser britischen Untertanen. Der Vorgang wird möglichst rasch dahin führen, daß die deutsche Praxis, Arbeiter in der Kapkolonie zu rekrutieren, verboten wird.

Die „Daily News“ haben sich an einem Mr. Hawkins, einen Schwager Boshas, gewandt. Dieser Herr erklärte, wenn es richtig liege, daß die rekrutierten Leute vom Stamme der Transfonteinern sind, so gehörten sie zu der besten und zivilisierteren Klasse der schwarzen Südwestsafrikas, von denen viele das Stimmrecht für das Unionparlament besitzen und unter denen Zeitungen in der Kaffersprache zirkulierten, in denen der Fall diskutiert werden dürfte. Ueber die Behandlung der Kaffern durch die deutschen Behörden fällt Herr Hawkins ein sehr ungnädiges Urteil. Er würde sehr hart behaupten, und es sei ein wahres Glück, daß der neue Gouverneur von Südwestsafrika, dessen Erfahrungen in Kamerun ihn befähigten, Differenzen unter den Eingeborenen ohne Revolten zu schlichten, sich nach Südwestsafrika einschiffte.

Parteinachrichten.

Versammlung der fortschrittlichen Volkspartei.

Dresden, 9. Okt. Die fortschrittliche Volkspartei des Königreichs Sachsen hielt gestern in Dresden eine vertrauliche Sitzung ab. Es wurde beschlossen, das Hauptsekretariat nach Dresden zu verlegen und das zweite in Leipzig zu belassen. Weiter wurde beschlossen, für die Reichstagswahlen in allen Wahlkreisen, in denen ein Erfolg möglich ist, eigene Kandidaten aufzustellen. Inbezug auf das Verhältnis zu den Nationalliberalen wurde beschlossen, wenn die Parteiliste der Nationalliberalen eine dahingehende Verständigung sucht, eine liberale Doppellandidatur zu vermeiden.

Die Massenversammlungen der Sozialdemokratie.

Berlin, 10. Okt. Die Massenversammlungen der Sozialdemokratie, die gestern mittig in 13 Lokalen Berlins abgehalten wurden, waren trotz der Aufstöße im „Vorwärts“ und der Flugblattverteilung am Morgen nur von insgesamt 20 000 Personen besucht. Die Versammlungen, in denen die Vorkommnisse in Moskau von bekannten sozialdemokratischen Führern besprochen wurden, waren meist schon nach 30 bis 45 Minuten beendet. Die Besucher erifernten sich dann ohne jede Kundgebung, nachdem überall eine gleichlautende Resolution angenommen worden war. Auch in den Vororten Berlins abgehaltenen acht Versammlungen nahmen einen ruhigen Verlauf.

Die Arbeiter Tumulte und der Anarchismus.

Das Organ der anarcho-sozialistischen „Lokalisten“ geht aus den Moskauern Vorgängen die Lehre, daß es der Staat sei, der mit ganz besonderer Schärfe bekämpft werden müsse. Das anarchoistische Wochenblatt „Der freie Arbeiter“ theilt diesen Gedanken in den Satz:

„Wertet die Dinge um und urteilt nicht mehr so, wie es Staat und Gesellschaften Euch zur Vermeidung ihres Schicksals von Kindern auf eingepaukt haben, sondern wie es Er auf die Beteiligung der heutigen Gesellschaftsordnung hingelenden Interesse geht!“

Beide Anarchistenblätter stimmen ferner darin überein, daß sie die Arbeiter Vorgänge als Gelegenheit benutzen, der sozialdemokratischen Vorherrschaft des parlamentarischen Systems die Wertlosigkeit der parlamentarischen Gesellschaften vorzuführen. Endlich stimmen beide Anarchistenblätter in der Empfehlung des Generalstreiks als Antwort des Volkes auf das Vorgehen der Polizei überein. Die „direkte Aktion“ bietet dem Polizeigegner als „wirklichste proletarische Machtmittel“ ein Paroli.

München, 10. Okt. Ritter v. Daller, der Vorsitzende der bayerischen Zentrumsfraktion, ist an Arterienverkalkung nicht unbedenklich erkrankt.

Älteste politische Nachrichten.

In Braunschweig ist in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag der Präsident der Handelskammer für das Herzogtum Braunschweig Geh. Kommerzienrat Max Jübel, ein Wohltäter der Armen, infolge Arterienverkalkung im Alter von 66 Jahren gestorben. — Im Reichstagswahlkreis Labiau-Weslau haben die Konfessionen der „Fortwärtigen Ztg.“ zufolge den Landtagsabgeordneten Landesrat a. D. Burghard-Aufsminken als Kandidaten anzuweisen. — Der idenburgische Landtag ist auf den 8. November einberufen worden. Die Tagung soll bis zum 22. Dezember dauern.

Das Schicksal des Deutschen Schulzoffiziers Brinze Gisel Friedrich ist wohlbedeutend in Cadix angekommen und wird heute (Montag) nach Palma weitergeleitet. — Im Reichstagswahlkreis Tondern-Husum, dessen bisheriger Vertreter Dr. Reehardt bekanntlich nicht mehr kandidieren wird, haben die Freisinnigen einstimmig das Bürgerchaftsmittelbediensteten Dr. Bländt-Hamburg als Kandidaten für die kommenden Neuwahlen ausgesucht.

Hof- und Personalnachrichten.

Kaiser Wilhelm hat der internationalen Vereinigung gegen die Tuberkulose, die gegenwärtig unter dem Vorsitz von Louis Bourgeois ihre 9. Konferenz in Brüssel abhält, auf ihr Aufbaltungsprogramm folgende Antwort gegeben lassen:

Die Kaiserin und ich erhehlen mit lebhaftester Freude die Größe der 9. Konferenz; der internationalen Vereinigung gegen die Tuberkulose und bitten Euch Erzeulgen und die Mitglieder der Konferenz, unsere besten Tante entgegenzunehmen. Unsere wärmlichen Wünsche beziehen sich auf die Arbeiten der Vereinigung, die schon jetzt von so glücklichen Erfolgen für das Wohl der Menschheit geträumt sind. Wilhelm.

Das Kaiserpaar mochte am Sonntag vormittag in der Kabiner Kapelle dem Gottesdienst bei, den der Erzkatholische Pfarrer Graubenz, abhielt. Zur Tafel waren Landrat Graf v. Posadowski und Pfarrer Graubenz geladen. Am Nachmittag wurde ein Ausflug im Motorboot über das Frische Haff nach dem Seeort Kahlberg unternommen.

Der Reichspräsident hat aus Anlaß des silbernen Jubiläums des Deutschen Sprachvereins an dessen Vorsitzenden, dem Geheimen Oberforstamt Dr. Saragzin, folgendes Schreiben gerichtet:

Dem Allgemeinen Deutschen Sprachverein danke ich sehr für die freundliche Zuhaltung gegen meine Zeitschrift. Mit Befriedigung darf der Verein auf seine vielseitige und erfolgreiche Tätigkeit zurückblicken. Ich werde die Vereinsbestrebungen gern dadurch fördern, daß ich mich Kräfte für die gute deutsche Sprache unserer Gelehrte eintrete, und ich hoffe, daß der Verein seine Wirksamkeit für diesen Zweck auch künftig nicht verlegen wird. v. Bethmann Hollweg.

Ausland.

Die französischen Radikalen gegen Briand.

Paris wird gemeldet:

Die vereinigte radikale und radikal-sozialistische Partei hielten ihren Jahreskongress in Rouen ab. Der Bürgermeister von Rouen, Müller, hatte sofort in seiner Begrüßungsansprache gegen die Politik des jetzigen Ministerpräsidenten Briand Stellung genommen, indem er sie unter förmlicher Zustimmung des ganzen Parteitages als die Politik eines Sozialisten bezeichnete, der mit einer radikalen Mehrheit gemäßigter Politik machen wolle. Ohne Erfolg verteidigte der Journalist Bérenger die Politik Briands. Der Parteitag nahm ohne Widerspruch eine Tagesordnung an, in welcher die für die Radikalen kompromittierende Beschwichtigungspolitik rekurriert wird. Auch durch die Wahl des früheren Ministerpräsidenten und Senators Combes zum Schwann des Vollzugsausfühlers der Partei haben die Radikalen dem Ministerium Briand einen weiteren unumkehrbaren Beweis ihrer Unzufriedenheit und ihres Mißtrauens gegeben.

Auflösung des finnischen Landtags.

Nun ist der finnische Landtag doch aufgelöst worden, da er die Beratung der Gesetzesvorlagen über die Gleichberechtigung aller russischen Untertanen in Finnland und über die Erhöhung der Wehrkraft der Finnländer durch Zahlung einer Summe an die Staatskasse ablehnte hat. Der Kaiser von Rußland gab den Befehl, auf Grund des am 30. Juli 1910 erlassenen Gesetzes für Finnland diese Vorlagen bei der Reichsbank einzubringen.

In Petersburg Regierungskreisen hat das Benehmen des finnischen Landtags, der die Verlesung des Aufstufungsbeschlusses des Zaren nicht anerkennen wollte, großen Eindruck gemacht. Wiegenau verweist „Das Volk“ mit nicht mißzuverleidendem Nachdruck darauf, daß für Rußland die Ernennung des Kaisers Alexander von Serbien, die Abweisung des Schahs und des Sultans sowie das Erbe der preussischen Monarchie eine Lehre bilden sollte, weil diese Macht der Erde Finnland zwingen kann, sich der russischen Herrschaft zu fügen. Unter der äußeren Hülle bei der Sitzung verbergt, der mit elementarer Gewalt alles hinweggeräumt werde, was sich der Volkserkennung entgegensetze.

Immer weiter greift die Ueberzeugung um sich, daß die russische Regierung zur Verwirklichung des Sennjischen Wrojess fähig seien und der finnische Landtag der letzte sein wird. Voraussichtlich ist freilich noch der 2. Januar 1911 als Termin für die Neuwahlen, der 1. Februar für den Zusammentritt des Landtages angelegt.

Ein türkisch-italienischer Zwischenfall.

Das Rom dröhelt man:

Der italienische Dampfer „Roma“, der den regelmäßigen Dienst zwischen Stalien und Tripolis versieht, wurde von türkischer Polizei im Hafen von Tripolis durchsucht. Dabei wurden angeblich zahlreiche Waffen und Munition gefunden. Da die Durchsuchung mit Umgehung des italienischen Konsulats erfolgt sein soll, so erhob der italienische Vorkonsul Beschwerde bei seiner Regierung.

Älteste Tagesnachrichten.

Streit an der Pariser Nordbahn.

Tausend Mannsarbeiter der Pariser Nordbahnstation haben die Arbeit eingestellt und luden, bisher erfolglos, die Konduktoren und Fahrer zum Aufhören zu bewegen. Der Nordbahnmeier sehr ist nicht geblieben.

Sementonsch-Arrilo,

der bisherige russische Gesandte in Sofia, soll zum Gehilfen des neuen russischen Ministers des Auswärtigen ernannt werden. Er gehört jener Gruppe der russischen Diplomaten an, welche für die energische Wahrnehmung der russischen Interessen auf dem Balkan eintritt.

Unruhen in Kanton.

Die Marinebehörden haben in Befolgung des vom Ausbruch einer fremdenfeindlichen Bewegung in Kanton veranlaßten Erhebungsingen eingeschoben, um rechtzeitig Maßregeln zum Schutze der britischen Untertanen ergreifen zu können.

Der Bischof von Nizza,

Monseigneur Chapon, ist nach Rom berufen worden, um sich wegen eines Schreibens zu veranlassen, in welchem er die jüngsten Leistungen des Papstes über das Alter für die erste Kommunikation kritisiert hat.

Mittelamerikanische Wirrungen.

Das Staatsdepartement hat dem Konsulanten „Princeton“, das sich gegenwärtig in Acapulco befindet, Befehl erteilt, nach

